

Kapferer, Clodwig

Article — Digitized Version

Förderung der Entwicklungshilfe durch Hebung der Einfuhr aus Entwicklungsländern

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kapferer, Clodwig (1962) : Förderung der Entwicklungshilfe durch Hebung der Einfuhr aus Entwicklungsländern, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 42, Iss. 8, pp. 349-355

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133235>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Förderung der Entwicklungshilfe durch Hebung der Einfuhr aus Entwicklungsländern

Dr. Clodwig Kapferer, Hamburg *)

Es liegt gegenwärtig eine politische Notwendigkeit für die Industriestaaten der westlichen Welt vor, die Einfuhr aus Rohstoffländern zu fördern. Im folgenden sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, mit denen wir der drohenden Belastung entgegenwirken können, die das Ungleichgewicht der wirtschaftlichen Beziehungen in der nichtkommunistischen Welt hervorgerufen hat.

Entwicklung der Leistungs- und Handelsbilanzen

Zusammengefaßt wiesen die Leistungsbilanzen der Rohstoffländer im Jahrfünft 1956—1960 eine Passivität von durchschnittlich jährlich 4,6 Mrd. \$ auf. In diese Berechnung sind auch die Leistungsbilanzsalden der karibischen und vorderasiatischen Erdölländer sowie der schwach entwickelten west- und südeuropäischen Randländer Island, Irland, Portugal, Spanien, Griechenland und Jugoslawien mit einbezogen. Rechnet man die fortschrittlichen „weißen britischen Dominions“ (Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrikanische Union) dazu, so erhöht sich die durchschnittliche jährliche Passivität um weitere 1,7 Mrd. \$. Der Ausgleich der Passivsalden erfolgte vor allem durch direkte Investitionen und Kredite sowie durch unentgeltliche staatliche Kapitalhilfe, in geringerem Ausmaß auch durch Goldverkäufe.

Bei den Industriestaaten ergibt die saldenmäßige Darstellung der Leistungsbilanzentwicklung in der gleichen Periode eine durchschnittliche jährliche Aktivität von 6,3 Mrd. \$. Als Industriestaaten sind in diese Rechnung eingegangen die USA, Westeuropa ohne die eben erwähnten wirtschaftlich noch zurückgebliebenen Randländer und Japan. Bei den Diensten wurden die privaten unentgeltlichen Hilfsleistungen (Emigrantenrimessen, Unterstützung, Spenden und dgl.) mitgerechnet. Die zu Reinvestitionen verwandten nicht transferierten Kapitalerträge wurden sowohl auf der einen Seite bei den Kapitalerträgen als auch auf der anderen Seite bei den entsprechenden Investitionen und Krediten mitberücksichtigt. Dagegen wurde die unentgeltliche staatliche militärische Hilfe weder in der Leistungs- noch in der Kapitalbilanz der gewährenden oder empfangenden Länder mitgerechnet.

Aus dieser Gegenüberstellung darf man jedoch nicht die politisch bedenkliche Folgerung ziehen, die westlichen Industriestaaten bereicherten sich an den Rohstoffgebieten. Das wäre ein Trugschluß. Salden der Kapitalbewegung sagen nichts über die Qualität dieser Bewegung aus. Private Auslandsinvestitionen beruhen in der westlichen Welt nun einmal auf dem Prinzip der Kapitalerträge. Bei der Akkumulation der Investitionen über viele Jahrzehnte hinweg wird natürlicherweise eine hohe Summe von jährlichen Kapitalerträgen aus diesen Investitionen erreicht. Werden die Kapitalerträge nicht transferiert, sondern reinvestiert, so sind diese Reinvestitionen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung nach ebenso zu werten wie neue Investitionen. Es wäre daher falsch, den privaten Kapitalexport zu diskriminieren.

Bei der Handelsbilanzentwicklung schlagen — im Gegensatz zur Leistungsbilanzentwicklung — in den letzten Jahren die terms of trade zum Schaden der Rohstoffländer schwer zu Buch. Seit 1953 haben sich die Ausfuhrpreise für Rohstoffe bis 1961 um 10 % vermindert. Demgegenüber sind die Exportpreise für industriell erzeugte Fertigwaren in der gleichen Zeit um 10 % gestiegen. Das Jahr 1953 wurde zum Ausgangsjahr für diesen Vergleich gewählt, weil es das erste halbwegs als Normaljahr anzusehende Jahr war, in dem sich das durch die Koreakrise stark gestörte Preisniveau bereits weitgehend beruhigt hatte.

Durch die Abnahme der Exportpreise für Rohstoffe und Agrarprodukte trat in den Rohstoffländern in den Jahren 1958 bis 1961 ein Mindererlös von 5,4 Mrd. \$ ein, und durch den laufenden Anstieg der Preise industrieller Waren entstanden ihnen bei ihrer Einfuhr Mehraufwendungen in Höhe von 10,8 Mrd. \$. Insgesamt belief sich also der „Schaden“ der Entwicklungsländer durch die Verschlechterung der terms of trade auf rund 16 Mrd. \$, d. h. auf jahresdurchschnittlich rund 2,7 Mrd. \$. Dieser durchschnittliche Mindererlös ist das Ergebnis ständig größer werdender Schäden.

Hilfeleistungen der Industrieländer

Die Industriestaaten, voran die USA, bemühen sich, die Rohstoffländer aus der wirtschaftlichen Sackgasse, in die sie auf diese Weise zu geraten drohen, herauszuführen. Sie haben ihnen in den Jahren 1956 bis 1960

*) Generalreferat auf der 25. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V. in Hamburg am 1. Juni 1962.

jahresdurchschnittlich 2,8 Mrd. \$ unentgeltliche Kapitalhilfe gewährt. Damit allein können aber die Rohstoffländer ihre Aufbauprobleme nicht lösen. Langfristig wird dies erst erreicht, wenn nicht nur die äußere, sondern auch die innere Nachfrage nach den Erzeugnissen ihrer Eigenproduktion wächst und ihre Produktionsfaktoren, namentlich die reichlich vorhandenen Arbeitskräfte, besser genutzt werden. Im Verein mit den erforderlichen Veränderungen der Sozialstruktur und einer rationelleren Einstellung zur Arbeit und zu ihrem Ertrag können sich dann die positiven Beziehungen zwischen der Sozialprodukterhöhung und der inneren Kapitalbildung schrittweise entwickeln.

Eine vornehmliche Rolle spielt hierbei der Außenhandel. Dieser hat für das wirtschaftliche Wachstum der meisten Rohstoffländer Schlüsselbedeutung. Auf der einen Seite muß die Einfuhr, insbesondere diejenige von Kapitalgütern, in den Rohstoffländern schneller als bisher ansteigen. Dies setzt voraus, daß auf der anderen Seite die Industriestaaten ihre Einfuhr aus den Rohstoffländern in beträchtlichem Umfang erhöhen. In der gegenwärtigen weltpolitischen Lage ist die wirtschaftliche Notwendigkeit, daß die Industrieländer ihre Einfuhr aus den Rohstoffländern begünstigen, zugleich auch eine politische Notwendigkeit.

Zur unentgeltlichen staatlichen Kapitalhilfe möchte ich eine exkursorische Bemerkung einschalten. Auch Rohstoffländer müssen erkennen, daß ihnen nur der öffentliche verzinsliche Kapitalimport, wie er in der Form von Anleihen und in Ausnahmefällen auch von staatlichen Direktinvestitionen zustande kommt, und der private Kapitalimport durch Direktinvestitionen und Kredite die von ihnen ersehnte wirkliche wirtschaftliche Souveränität verschafft, und sich aufs äußerste bemühen, ohne unentgeltliche Hilfsleistungen von seiten der Industrieländer auszukommen.

Damit soll nicht gesagt werden, daß unentgeltliche Kapitalhilfe während einer Übergangsperiode keine Bedeutung besitzt. Ihr soll wohl die Aufgabe zufallen, in Form direkter Zuschüsse und Beiträge an internationale Organisationen vor allem im Bereich der sogenannten „Infrastruktur“, und zwar insbesondere auf dem sozialen Gebiet (Volksgesundheit, Bildung usw.), Investitionen zu ermöglichen, deren Finanzierung angesichts ihres besonderen Charakters trotz ihrer vordringlichen Notwendigkeit auf keine sonstige Weise erfolgen könnte oder sinnreich wäre. Indessen scheint mir die Einsicht wichtig zu sein, daß in dem wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis der Rohstoffländer von den Industrieländern solange keine Änderung eintreten kann, als Kapitalhilfe unentgeltlich gewährt wird.

Inflationäre Wirtschaft, soziale Unausgeglichenheit, politische Unstabilität und wirtschaftlicher Nationalismus gegenüber ausländischen Unternehmungen des Bergbaus, der Erdölförderung, der Plantagenwirtschaft und der öffentlichen Versorgungsbetriebe (Eisenbahnen, Telefongesellschaften, Elektrizitätswerke usw.) halten das private Auslandskapital vor

neuen Investitionen zurück. Wäre nicht in manchen Rohstoffländern die Vitalität der Wirtschaft trotz alledem so außerordentlich groß — als Beispiel sei auf die Prototypen Mexiko und Brasilien hingewiesen —, so wäre es heute um den privaten Kapitalimport der Rohstoffländer aus Industriestaaten besorgniserregend schlecht bestellt.

Der Außenhandel und die Stärkung der Innenmärkte haben für das wirtschaftliche Wachstum der meisten Rohstoffländer Schlüsselbedeutung. Im einzelnen bieten sich hierfür folgende Möglichkeiten:

1. Förderung der Ausfuhr aus Rohstoffländern durch handelspolitische Maßnahmen,
2. Sicherung der Stetigkeit der Expansion in den Industriestaaten,
3. Diversifizierung des Exportangebotes in den Rohstoffländern,
4. Vergrößerung der Absatzmärkte durch Stärkung des Binnenhandels und durch regionale Marktintegration,
5. Vergrößerung des Verbrauches von Rohstoffen durch den Kampf der Rohstoffverarbeiter um die Marktanteile ihrer Fertigprodukte,
6. Absatzförderung für gewerbliche Erzeugnisse der jungen Industrie der Rohstoffländer durch Importhandel und durch die Großbetriebsformen des Einzelhandels in den Industriestaaten.

Förderung der Ausfuhr aus Rohstoffländern durch handelspolitische Maßnahmen

Die Entwicklung des Warenaustausches zwischen Industrie- und Rohstoffländern hält mit dem Wachstum des Außenhandels unter den hochindustrialisierten Staaten nicht Schritt.

Die Spannungen auf den Rohstoffmärkten sind teils die Folge struktureller Überproduktion, und teils werden sie durch die Praktiken der Handelspolitik erst hervorgerufen. Eine Reihe von Produkten der Rohstoffländer werden in den Industriestaaten in zunehmenden Mengen selbst erzeugt. Das trifft namentlich auf die Agrarprodukte Zucker, Ölfrüchte, Fleisch und Molkereierzeugnisse zu. Bei diesen konkurrierenden Produkten haben die Industriestaaten bis vor kurzem wenig Rücksicht auf die volkswirtschaftlichen Belange der Rohstoffländer geübt. Die Folgen äußern sich in unbefriedigenden Preisen an den Weltmärkten. Bei zahlreichen Rohstoffen zeigt die Nachfrage wegen zunehmender Substituierung in den Verbraucherländern sinkende Tendenz. Große Reserveläger tragen zur Erschwerung der Situation bei.

Auf keine inländische Konkurrenz in den Industrieländern stößt die Ausfuhr tropischer Agrarprodukte. Ihre Einfuhr kann bei Einkommenssteigerung in den Verbraucherländern am ehesten mit steigender Nachfrage rechnen.

In jüngster Zeit haben die GATT-Organisation, die Regierung der USA und die EWG-Wirtschaftskommission Initiativen entwickelt, die auf eine Wende in der handelspolitischen Behandlung der Anliegen der Roh-

stoffländer und ihrer jungen Industrien schließen lassen. Insbesondere hat sich die GATT-Organisation durch fruchtbringende Erörterung und praxisnahe Lösungen schon zu wiederholten Malen bewährt.

Die Reaktion der GATT-Organisation ist auch gegenüber der Einfuhr gewerblicher Erzeugnisse aus Rohstoffländern nicht mehr auf Absperrung gerichtet. Als das zur Förderung und Mehrung der internationalen Arbeitsteilung bestimmte Weltorgan kann das GATT den Rohstoffländern wirksame Hilfe bringen. Auch die wirtschaftspolitischen Memoranden der USA-Regierung und der EWG-Kommission lassen für den Absatz konkurrierender Produkte eine Wende erhoffen. Darin verpflichten sich beide, auch bei konkurrierenden Produkten dafür Sorge zu tragen, daß die Rohstoffländer bei ihnen auch für diese Produkte Absatz finden sollen. Beide sehen in der Herstellung politischer Interessengemeinschaften, die USA in Mittel- und Lateinamerika durch die Alianza para el Progreso, die EWG durch ihre Abmachungen mit den afrikanischen assoziierten Gebieten, ihre weltpolitische Entspannungsaufgabe. Ein Unterschied ist gegenüber früheren Zeiten festzustellen. Die heute diskutierten Maßnahmen zielen mehr auf Ausgleichung während einer Übergangsperiode ab. Ferner versucht man, sie mit Maßnahmen zu koppeln, mit denen in den Rohstoffexportländern eine größere wirtschaftliche Vielfalt gefördert wird, damit künftighin Selbstproduktion die Einfuhr von Grundnahrungsmitteln ersetzt und das Exportangebot um neue ausfuhrfähige Produkte bereichert wird.

Preisschwankungen auf den Rohstoffmärkten haben für die Durchführung der Entwicklungsprogramme weittragende Folgen. Den internationalen Preisstabilisierungsmaßnahmen waren bisher nur beschränkte Erfolge beschieden. Ihr Ziel ist, in den Zeiten steigender Weltmarktpreise eine Preisabschöpfung vorzunehmen und bei sinkenden Preisen Preisstützung in Gestalt garantierter Mindestpreise, Subventionen und Nachlässen der Ausfuhrzölle zu gewähren, d. h. mit anderen Worten gewissermaßen dem Markt entgegenzuarbeiten.

Außenseiter werden von den Vereinbarungen nicht betroffen, und bei ansteigender Konjunktur weiß auch mancher Teilnehmer, diese zu umgehen oder aus der Verpflichtung auszuschneiden. Auf die Dauer schlägt bei Überproduktion, die das Grundübel der Schwierigkeiten ist, doch der aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage gebildete Preis durch und erzwingt eine Einschränkung der Produktion.

Nun liegen die Dinge in der Welt aber so, daß bei den heute empfohlenen Ausgleichsmaßnahmen der politische Charakter nicht mehr übersehen werden darf. Ausgleichsmaßnahmen erscheinen deshalb namentlich im Verhältnis zu jenen Ländern, deren Wirtschaft auf nur wenigen Produkten beruht, als eine politische Notwendigkeit. Die Vereinten Nationen befürworten entsprechende Maßnahmen, die Internationale Handelskammer ist dagegen.

Mit halben Mitteln handelspolitischer Natur kann das neue Ziel der Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Rohstoffländern, die partnerschaftsähnlichen Charakter tragen muß, nicht erreicht werden. Aber ich neige der Auffassung zu, daß sich im Übergang das Freihandelsprinzip nicht ungezügelt auswirken darf.

Sicherung einer stetigen Wirtschaftsexpansion in den Industriestaaten

Wenn das wirtschaftliche Wachstum in den Industriestaaten kontinuierlich steigt, so bedeutet das für die Rohstoffländer eine gleichmäßigere Entwicklung der Nachfrage. Eine auf stetige Entwicklung gerichtete Konjunkturpolitik mittels konstruktiver Maßnahmen gegen Überhitzungserscheinungen und expansionsfördernden Maßnahmen in Zeiten der Depression in den Industriestaaten ist deshalb eine Stütze für die Rohstoffländer. Wie abhängig die Rohstoffländer von der Nachfrageentwicklung in den Industrieländern sind, zeigt schon die Tatsache, daß Länder wie Kanada und die vorderasiatischen Erdölländer, deren Ausfuhrprodukte von den expandierenden Industrieländern besonders gefragt werden, ihre Investitionsgütereinfuhr am meisten steigern konnten, während Lateinamerika und Ozeanien, deren Produktion wegen



Die

DEUTSCHE BUNDESBAHN

unabhängig von Witterung und Jahreszeit für alle Güter

Ihr Verkehrsunternehmen

Bundesbahndirektion Hamburg

des hohen Anteils an Agrarprodukten von den Industrieländern in geringerem Maße gefragt wird, in der Kapitalgütereinfuhr die geringste Zunahme aufzuweisen haben.

In den USA wird die Konjunkturpolitik seit Jahren mehr aktiv betrieben. In Westeuropa hat sie ihre Bewährung noch nicht bestanden. Im vergrößerten Wirtschaftsraum liegt eine bessere Möglichkeit, konjunkturpolitische Maßnahmen gegen Depressionen oder Überhitzungserscheinungen einzusetzen, die dann auch eine größere Durchschlagskraft besitzen, als wenn sie von den einzelnen Ländern vorgenommen werden.

Diversifizierung des Exportangebotes in den Rohstoffländern

Den Rohstoffländern ist es nur in sehr begrenztem Umfang möglich, durch Verbreiterung der Rohstoffproduktion ihre Krisenabhängigkeit zu mildern. Bezüglich der Erhöhung der traditionellen Produktion in den Rohstoffländern kann man verallgemeinernd sagen: Bei Produkten, deren Weltnachfrage nur relativ rückgängig ist, mag die Erhöhung der Produktion vertretbar sein. Sie ist dagegen kaum, zumindest nur schwer vertretbar, wenn die Weltnachfrage absolut rückgängige Tendenz hat.

Es besteht aber die Möglichkeit, durch Aufnahme neuer Produkte das Exportangebot vielfältiger zu gestalten. Eine Diversifizierung des Exportangebotes ist in vielen Fällen schon bei besserer Exportpflege zu erreichen. Das ist insbesondere bei solchen Rohstoffen der Fall, deren Ausfuhr bisher noch keine größere Bedeutung besaß, deren internationale Konkurrenzfähigkeit aber erreichbar erscheint. Deshalb kann die Erzeugung weiterer Produkte als die der traditionellen Rohstoffe nützlich sein. Sie ist in den meisten Fällen ungleich leichter zu erreichen als die Umstellung auf die industrielle Produktion.

Ich möchte hier an ein wirtschaftshistorisches Ereignis erinnern, das in der Weimarer Zeit stattfand. Damals herrschten in Südosteuropa ähnliche Verhältnisse, wie wir sie heute insbesondere in den aus der Kolonialherrschaft entlassenen jungen Staaten antreffen. Die terms of trade zeigten eine ähnliche Entwicklung, wie sie heute zwischen Industriestaaten und Rohstoffländern besteht. Lange Türkenherrschaft hatte den Fortschritt ihrer Volkswirtschaften im Vergleich mit den übrigen europäischen Staaten aufgehalten. Das veranlaßte im Jahre 1925 deutsche Firmen und Banken, den Mitteleuropäischen Wirtschaftstag zu gründen. Er war ein erfolgversprechender Ansatz zu einer privatwirtschaftlich orientierten, von Unternehmergeist gelenkten und völlig unpolitischen Entwicklungshilfe. Bei seinen ersten Beratungen überwog der Gedanke, regionale Präferenzen in Gestalt regionaler Ausnahmen von der Meistbegünstigung zu vereinbaren, ähnlich wie sie im Verhältnis zwischen den Kolonialmächten und ihren ausländischen Besitzungen bestanden. Aber schon bald lenkte er seine Tätigkeit auf die Erschließung von Bodenschätzen

durch eigens hierfür errichtete Forschungs- und Erschließungsgesellschaften und auf die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion durch Einführung des vertragsmäßigen Anbaus von Industriepflanzen sowie durch Errichtung von Beispielsbetrieben und Landmaschinenschulen.

Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag machte keine eigenen Geschäfte, griff aber als Organisation tatkräftig ein, wo es sich um Anpassung der Agrarerzeugung an den deutschen Einfuhrbedarf und den Auf- oder Ausbau von Industrien handelte. Er drängte seine Mitarbeiter den Ländern des Südostens auch nicht auf, sondern wurde erst tätig, wenn die Länder entsprechende Wünsche geltend machten.

Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag nahm seine Planungen in Zusammenarbeit und in Arbeitsteilung mit Ländervereinen und wissenschaftlichen Instituten vor, namentlich solchen, die sich mit Südosteuropa befaßten. Dadurch war von vornherein die Voraussetzung geschaffen, daß sowohl Anregungen als auch die Ausführung von Planungsarbeiten weder einseitig unter wirtschaftspraktischen Gesichtspunkten noch einseitig nach theoretischer Einsicht erfolgte.

Die agrarwirtschaftlichen Erschließungsgesellschaften, beispielsweise für Leinsaat in Ungarn und für Soja in Rumänien, schlossen mit den Landwirten Anbauverträge ab, wiesen ihnen das erforderliche Saatgut zu. Eine fortwährende Betreuung der Landwirte sorgte dafür, daß Mißerfolge möglichst ausgeschaltet wurden. Die Betreuung bezog sich auf alle Stufen, beginnend mit der Anlieferung der Saat, dem Zeitpunkt der Impfung des Saatgutes, dem Abstand der Saat, der Saatlese, der Düngung, der Bearbeitung der Pflanze und dem Ernten und Dreschen. Die Betreuung erfolgte durch eine weitverzweigte Organisation von Dorfagenten und Bezirksagronomen. Die Dorfagenten kontrollierten den örtlichen Fortgang der Arbeiten, eine geringe Zahl Bezirksagronomen überwachte deren Arbeit.

Da die Lieferungen in bar bezahlt wurden, während für die deutschen Gegenlieferungen von Investitionsgütern meistens langjährige Fristen gewährt wurden, wuchsen die Clearing-Guthaben der südosteuropäischen Länder. So kam es, daß die aufgelaufenen Forderungen bisweilen mehrfach überdeckt waren.

Der bilaterale Warenaustausch zwischen dem ehemaligen Deutschen Reich und den einzelnen Donaustaaten führte damals zu einer Steigerung des gegenseitigen Warenverkehrs. Die Anwendung des gleichen Prinzips auf den Außenhandel zwischen Industriestaaten und Rohstoffländern müßte auch heute Erfolge zeitigen. Nur müßten heute die Industriestaaten auf multilateraler Ebene handeln, und ihre Hilfe müßte zeitlich auf eine Übergangsperiode begrenzt sein.

Wenn die in den traditionellen Rohstoffbereichen liegenden Möglichkeiten ausgeschöpft sind, kann nur noch Industrialisierung Arbeitsplätze schaffen. Man kann von den politisch erwachten Ländern nicht er-

warten, daß sie ihre wirtschaftliche Entwicklung den Prinzipien der bisherigen internationalen Arbeitsteilung in Rohstoff- und Industriestaaten opfern. Sie wissen, daß Industrialisierung ihre rückständigen Volkswirtschaften in höhere Verarbeitungsstufen rückt und latente Arbeitslosigkeit, wie sie namentlich in stark bevölkerten Gebieten unerträgliche Ausmaße angenommen hat, absorbiert. Diversifizierung der Agrar- und Rohstoffproduktion, die sich mit dem Aufbau verarbeitender Industrien und der erforderlichen Handels- und Verkehrsunternehmungen verbindet, führt nicht nur zur Erhöhung des Volkseinkommens, sondern bedeutet eine wirtschaftliche und politische Neuordnung für die westliche Welt. Die industrielle Arbeitsteilung zwischen hochentwickelten Industriestaaten und den nichtindustrialisierten Ländern ist unvermeidlich. Aufgabe der Politik ist es, unsere Wirtschaft und die öffentliche Meinung auf diesen Wandlungsprozeß vorzubereiten.

Gewiß verfügen die jungen Industrieländer über den Produktionsfaktor Arbeit in reichlicher Menge, und deshalb sind ihre Aufwendungen für Löhne und Gehälter niedriger als in den hochentwickelten Industriestaaten. Daraus entsteht ein Niedriglohnproblem und aus diesem ein Niedrigpreisproblem. Daraus den Vorwurf des Dumping oder des unlauteren Wettbewerbs

abzuleiten, ist ungerechtfertigt. Diese Schwierigkeiten dauern nicht ewig. Der Fortschritt des Lebensstandards läßt auch in jungen Industrieländern die Gestehungskosten ansteigen. Das zeigt die jüngste Entwicklung der japanischen Exportpreise. Dem Anpassungsprozeß der Produktions- und Kostenverhältnisse unbeschränkten Lauf zu lassen, kann andererseits ganze Industriezweige in den alten Industrieländern vernichten. Marktordnende Maßnahmen, die den Zweck verfolgen, Übergangsperioden zu bewältigen, erscheinen in diesem Falle als eine Notwendigkeit. Sie stoßen nicht gegen die Prinzipien der Marktwirtschaft. Sie würden darin bestehen müssen, den jungen Industrieländern progressiv ansteigende Exportmaxima zuzusichern. Die GATT-Organisation hat erstmalig im Jahre 1960 für Baumwolltextilien diesen Gedanken aufgegriffen. Die Verhandlungen führten 1961 zu einem Abkommen über den internationalen Handel mit Wolltextilien, dessen Präambel die Notwendigkeit, den jungen Industrieländern steigende Absatzmöglichkeiten für Fertigwaren zu bieten, anerkennt. Vorher hat die Internationale Handelskammer den Grundsatz, die reichen Märkte für gewerbliche Erzeugnisse aus weniger begünstigten Ländern zu öffnen, gebilligt, und zwar auf dem Weltkongreß 1961 in Kopenhagen. Vor kurzem hat die GATT-Organisation auf



VICTORIA

VERSICHERUNGSGRUPPE

Ende 1961:

7 726 000

Lebens-, Unfall-, Haftpflicht-, Kraftfahrt-, Rechtsschutz-, Sach- und Transport-Versicherungen

3,7 Milliarden DM
Lebensversicherungsbestand

Sicherheitsmittel

(einschließlich technischer Rückstellungen)

1300 000 000 DM

Wunsch einzelner Rohstoffländer die Liste der Halb- und Fertigfabrikate, deren Einfuhrschwernisse in den Industriestaaten auf Art, Umfang und Wirkung untersucht werden sollen, von drei auf elf industrielle Erzeugnisbereiche ausgedehnt.

Vergrößerung der Absatzmärkte durch Stärkung des Binnenhandels und durch regionale Marktintegration

Die tertiäre Beschäftigung des Handels nimmt in den meisten Rohstoffländern an der Wertschöpfung einen ungerechtfertigt hohen Anteil in Anspruch. Der Handelsapparat ist in den meisten Rohstoffländern überbesetzt, obwohl wegen des hohen Grades von Selbstversorgung der Bedarf an Handelsleistungen relativ geringer als in den Industriestaaten ist. Deshalb geht auch von der Förderung der Vermarktung in diesen Staaten eine dynamische Wirkung auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung aus.

Handelshilfe haben beispielsweise amerikanische Investoren der mexikanischen Volkswirtschaft durch Errichtung von Selbstbedienungszentralen geleistet, deren kostengünstige Warenbeschaffung und Warenverteilung alsbald zur Senkung der hohen Gewinnspannen in der Lebensmittelversorgung der mexikanischen Städte führten. In anderen Konsumgüterbereichen haben französische Investoren zeitlich früher eine ähnliche Wirkung erzielt, und beide neuen Großbetriebsformen des Einzelhandels haben die Errichtung einer großen Anzahl von Zulieferproduktionsstätten erst angeregt.

Nur große Verbrauchermärkte bieten die Möglichkeit, die Industrialisierung in Rohstoffländern auf kostengünstiger Ebene voranzutreiben. Bei zu niedrigen Kapazitätsgrößen und zu niedriger Kapazitätsausnutzung lohnt sich die mit hohem Kapitalaufwand verbundene Industrialisierung nicht. Sie verzerrt das innere Preisgefüge und schadet mehr, als die Importsubstitution den Volkswirtschaften Vorteile verschafft. Marktengpass unterbricht den Industrialisierungsprozeß, zum mindesten verzerrt sie seine Entwicklung.

Diese Zusammenhänge führen die heute noch in den Anfängen des Industrialisierungsprozesses stehenden Rohstoffländer gebieterisch zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit untereinander. Je nach ihrer wirtschaftlichen Verflechtung und der Komplementarität ihrer Wirtschaftsstrukturen ergeben sich aus ihrer nachbarlichen Zusammenarbeit bedeutsame Impulse. Regionale Marktzusammenschlüsse machen die Importsubstitution lohnender. Die Integrationsbewegungen in Übersee sind nicht nur aus der Reaktion gegen die europäische Integrationsbewegung entstanden. Sie leiten einen Prozeß ein, der die Rohstoffländer aus der Parallelstruktur ihres Außenhandels befreit und eine für sie neue komplementäre Wirtschaftsstruktur begründet. Wo sich der innere Absatz nicht vergrößert und der weltweite Warenaustausch stagniert, bleibt für die Rohstoffländer kaum ein anderer Ausweg als der des nachbarlichen Zusammenschlusses. Ein Markt ist für Industrieerzeugnisse genügend groß, wenn er genügend Verbraucher besitzt. Aus diesem Grund muß,

solange große Teile der Bevölkerung mangels Einkommen und niedrigem Zivilisationsstand als Verbraucher ausscheiden, die Integration von vornherein großräumiger geplant werden.

Auch hier ist eine Parallele zu den Bemühungen des schon erwähnten Mitteleuropäischen Wirtschaftstages am Platze. Schon die sechste Mitteleuropäische Wirtschaftstagung von 1931 gab der Überzeugung Ausdruck, daß die Herstellung enger wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Staaten, die durch mittelbare oder unmittelbare Nachbarschaft verbunden sind, wie es damals bei den Ländern Südosteuropas der Fall war, ihre wirtschaftliche Entwicklung wesentlich fördert. Die Tagung trat damals einmütig für den Abschluß regionaler Abkommen zwischen den Staaten Mittel- und Südosteuropa ein.

Wenn eines Tages mehrere zollunierte Blöcke in der nichtkommunistischen Welt existieren, werden sie sich wahrscheinlich untereinander leichter auch über die Meere hinweg verständigen und gegenseitig zu einer neuen Politik gelangen. Alsdann liegt es mehr an den Empfängerländern, sich auf regionaler Ebene über die Verwendung von Hilfsleistungen zu einigen, was insbesondere bei der Planung optimaler Standorte von Produktionsstätten von Bedeutung ist.

Vergrößerung des Rohstoffverbrauches durch den Kampf der Rohstoffverarbeiter um ihre Marktanteile

Verbraucher werden nicht nur durch Qualität und Preis, sondern auch durch unbewußte und unterbewußte Motive beeinflusst, neue Produkte zu erwerben und die bisher verbrauchten weiterhin zu beziehen oder ihren Verbrauch zu steigern. Hersteller von Konsumgütern sind daher darauf angewiesen, ständig mit Hilfe systematischer Vertriebsmaßnahmen um die Kaufkraft der anonymen Verbraucher zu ringen. Die Mittel hierfür sind Marktforschung, Werbung, Verkaufsförderung und Vertriebskostenrechnung. Die Marktforschung bedient sich hierbei quantitativer und qualitativer Beobachtungsinstrumente. Im ersten Fall sind es Erhebungen, die bei repräsentativen Bevölkerungsausschnitten durchgeführt werden, im letzteren Fall geschieht dies durch Produktforschung und Motivforschung. Durch fortlaufende Beobachtung der Verbrauchsentwicklung in den Haushaltungen und der Käufe und Verkäufe im Groß- und Einzelhandel verschaffen sich die rohstoffverarbeitenden Unternehmungen der Industriestaaten die Grundlagen, auf denen sie ihre Absatzpläne und ihre absatzfördernden Maßnahmen aufbauen.

Absatzförderung für gewerbliche Erzeugnisse der Rohstoffländer durch Importhandel und Großbetriebsformen des Einzelhandels in den Industriestaaten

Zwischen den Produzenten in Rohstoffländern und dem Binnenhandel in den Industriestaaten kann der nationale und internationale Importhandel eine wirksame Hilfe leisten. Die Umsatztätigkeit der europäischen Ein- und Ausfuhrhandelshäuser, namentlich der in den großen Hafenplätzen niedergelassenen Häuser, findet überwiegend mit überseeischen Märkten statt.

Ihre bewiesene Fähigkeit liegt in der raschen Umstellung auf notwendige Sortimentsveränderungen und Änderungen der Absatzmärkte und Abnehmerkreise. Es ist geradezu ihre traditionelle Funktion, ständig Ersatz für entgangene Geschäftsgelegenheiten zu finden. Heute wird ihnen eine Chance geboten, die ihrer geschäftlichen Struktur besonders gemäß ist, nämlich für die gewerblichen Erzeugnisse der jungen Industrien in überseeischen Ländern Exportmärkte zu erschließen. Das bedeutet für diese eine Handelshilfe von erstangiger Bedeutung. Ähnliches gilt für den Direktimport der Großbetriebe des Einzelhandels (Warenhäuser, Filialbetriebe und Freiwillige Ketten), der eine zunehmende Tendenz zeigt und in beträchtlichem Umfang über gemeinsame internationale Einkaufszentralen geleitet wird.

Ein Handicap ist, daß junge Industrien zunächst wenig gewillt sind, sich mit Exportgeschäften abzugeben, einer Geschäftsart, deren Nutzen weniger in Gewinnerzielung als in besserer Kapazitätsausnutzung, also in der Kostendegression liegt. Anderes kommt hinzu. Häufig fallen in den jungen Industrien die Erzeugnisse verschieden aus. Damit läßt sich kein kontinuierlicher Export durchführen. Junge Industrien wollen es häufig nicht wahrhaben, daß zur Herstellung beständiger Handelsbeziehungen mustergetreue und termingerechte Vor-, Haupt- und Nachlieferungen wichtige Voraussetzungen sind. Junge Industrien vernachlässigen meistens auch das individuelle Angebot. Die Korrespondenz, die sich daraufhin entwickeln würde, würde sie über die Einkaufswünsche und über die Gründe der Ablehnung ihrer ersten Angebote

aufklären. Das bedeutet ebenfalls Handelshilfe für junge Industrien. Auch Importeure, Warenhäuser und Freiwillige Ketten wollen informiert werden.

Um ihre Angebote auf den Geschmack und die Käufergewohnheiten der großen Industriestaaten auszurichten, bleibt es den jungen Industrien nicht erspart, auf diesen Märkten Marktforschung zu treiben. Das gilt insbesondere für die problemreiche Gemeinschaftswerbung. Sie wurde vor einem Jahr seitens der 28 Kaffee erzeugenden Länder erstmalig in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen. Ihre Aufwendungen betragen für die Anzeigenwerbung brutto 1,2 Mill. DM. Die Kakaoexportländer treiben diese Werbeart nicht, obgleich einige Kakaoexportländer nationale Propagandafonds unterhalten. Bei Tee — um dieses Beispiel zu erwähnen — existiert eine Gemeinschaftswerbung der Exportländer schon seit vielen Jahren.

Viele Großbetriebe des Einzelhandels in den Industriestaaten importieren heute selbst. Über sie besteht die Möglichkeit, überseeische Produkte in Einzelhandelsmengen verkaufsfertig und abgepackt z. B. als Tiefkühlware zu liefern und über Tiefkühlanlagen ohne Weiterverarbeitung dem Konsumenten anzubieten. Derartige Angebote entsprechen den modernen Wünschen des europäischen Handels. Eine Handelshilfe durch den Handel etwa in der Form der Vergabung langfristiger Aufträge ist dagegen nicht möglich. Der Handel kann wegen der schnellen Wandlungen auf seinen Absatzmärkten sein Sortiment nicht auf Jahre planen.

Die Bewältigung des Hungers als Problem der Entwicklungsplanung

Prof. Dr. Otto Schiller, Bonn

Die Planung des wirtschaftlichen Fortschrittes ist in denjenigen Entwicklungsländern besonders erschwert, in denen die ländliche Überbevölkerung dazu geführt hat, daß ein großer Teil der Agrarbevölkerung am Rande des Existenzminimums lebt und ständige Unterernährung eine weitverbreitete Erscheinung ist. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze im nichtlandwirtschaftlichen Bereich ist daher in diesen Ländern ein dringendes Erfordernis, um möglichst vielen Arbeitskräften den Übergang aus der Landwirtschaft in andere Berufe zu ermöglichen. Dieser Übergang ist aber auch mit ernährungswirtschaftlichen Problemen eigener Art verbunden, die leicht übersehen werden, wenn man von Maßstäben ausgeht, die in anderen Ländern gelten.

Ernährungswirtschaftliche Bilanz bei Berufswechsel

Unter normalen Umständen wird die ernährungswirtschaftliche Bilanz eines Landes von Veränderungen in der beruflichen Gliederung seiner Bevölkerung nur insoweit berührt, als die Ernährungsbedürfnisse je nach der Berufsausübung verschieden sind. Wechseln

Personen aus der Landwirtschaft in städtische Berufe über, so ergibt sich zwar ein erhöhter Nahrungsbedarf im städtischen Bereich, der aber einigermaßen kompensiert wird durch den entsprechend verminderten Nahrungsbedarf im agrarischen Sektor. In Gebieten der Unterernährung muß jedoch in Betracht gezogen werden, daß ein Mehrverbrauch eintritt, wenn aus dem Haushalt einer ländlichen Familie ein Familienmitglied in einen anderen Beruf abwandert, weil nämlich die verbleibenden Familienmitglieder die Chance wahrnehmen, das Nahrungsdefizit zu beseitigen und sich satt zu essen.

Man kann also nicht damit rechnen, daß die Marktüberschüsse ländlicher Bezirke in Gebieten der Unterernährung in demselben Umfange steigen, wie sich dort die Zahl der Nahrungskonsumenten vermindert. Das bedeutet aber, daß durch die Abwanderung vom Lande nicht nur ein Verteilungsproblem aufgeworfen wird, indem gewisse Nahrungsmengen, die bisher dort verzehrt wurden, wo sie produziert sind, nunmehr zu städtischen Märkten transportiert werden müssen. Es